Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin
XIX. Wahlperiode

Protokoll
9. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.08.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer (A 104), Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

Anwesende:

Frau Mirjam Blumenthal	SPD	
Frau Derya Caglar	SPD	
Herr Uwe Drzyzga	SPD	
Frau Nilgün Hascelik	SPD	
Frau Sabine Haupt	SPD	
Herr Christopher Förster	CDU	
Herr Manuel Thormann	CDU	
Frau Mahwareh Christians-Roshanai	Grüne	Vertretung für: Frau Vonnekold, G.
Frau Anne Helm	PIRATEN	
Frau Erika Mourgues	LINKE	
Frau Judith Gesenhoff	Diakonie Simeon	
Frau Birgit Karsten	Unionhilfswerk gGmbH	
Herr Martin Stratmann	Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Frau Korinna Thiemann	Die Falken e.V.	
Herr Hüseyin Yilmaz	AKARSU e.V.	
Frau Iris Fierdag	Kath. Kirche	
Herr Olaf Petzold	Evangelische Kirche	
Frau Eva Wälde	Stadtteilladen Reachina	Vertretung für: Frau Heinemann, G.
Frau Birgit Titze	Neuköllner Netzwerk Berufshilfe NNB e.V.	Vertretung für: Herrn Schwarz, Oliver
Frau Martina Zander	Jugend- und Sozialwerk	
Herr Liecke, Falko	JugDez	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr Liecke, Falko	JugGesDez
Frau Hentschel, Heike	JugGes Dez 1
Frau Thurley, Marion	Jug FS L

Abwesende:

Frau Gabriele Vonnekold	Grüne	entschuldigt
Herr Nader Khalil	EJF gAG	entschuldigt
Frau Karin Gelfert	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Herr Hans-Detlef Glücklich	CDU	unentschuldigt
Frau Gabriele Heinemann	Mädchenar-	entschuldigt

beit		
Frau Annegret Simon-Sack Berlin	Lebenshilfe	entschuldigt
Herr Helmut Wedeward	BEA	unentschuldigt
Herr Axel Haese band Deutschland	Human. Ver-	unentschuldigt
Herr Oliver Schwarz Berlin	Sportjugend	entschuldigt

zu 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Thormann, eröffnet die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugegangen und wird um den zusätzlichen Tagesordnungspunkt 3b) Kiez AG ergänzt und anschließend angenommen.

zu 2 Protokoll der 7. Sitzung

Das Protokoll der 7. Sitzung wird ohne Änderungswünsche einstimmig angenommen.

zu 3 Zielstellungen der beiden Neuköllner Aktionspläne des Bundesprogramms "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" in 2013

Anlässlich dieses Tagesordnungspunktes übergibt Herr Thormann das Wort zunächst an Herrn BzStR Liecke. Dieser erläutert, dass allen Anwesenden die Dokumentation zum Projekttag des lokalen Aktionsplans Nord – Neukölln, der am 7. Juni 2012 stattfand, ausgehändigt wurde. Darin können unter anderem die Inhalte der Projekte des Lokalen Aktionsplans 2012 und die Ergebnisse aus dem World Cafe anlässlich des Projekttages nachgelesen werden. Anschließend bittet er Frau Sierks um nähere Ausführungen. Nachdem diese Frau Hörning von der externen Koordinierungsstelle vorgestellt hat, erklärt sie, dass ein Lokaler Aktionsplan aus dem Programm „Toleranz Fördern-Kompetenz Stärken“ eine zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertreter/innen der Ämter abgestimmte Ziel- und Maßnahmeplanung zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie insb. unter jungen Menschen bzw. zur Bearbeitung spezifischer Problemlagen, die dem entgegenstehen, ist.

Lokale Aktionspläne im Programmbereich „Toleranz Fördern-Kompetenz Stärken“ dienen der Förderung der Demokratie, sie beugen im weiteren Sinne extremistischen Tendenzen vor. Es handelt sich aber nicht um intervenierende Maßnahmen, sondern um Prävention. Es geht darum, demokratisches Bewusstsein insbesondere bei jungen Menschen zu stärken.

Lokale Aktionspläne sind ressortübergreifend, betreffen also nicht nur das Jugendamt, wenngleich der Schwerpunkt auf dem Bereich Jugend liegt. Die politische Federführung für die Lokalen Aktionspläne in Neukölln liegt beim Stadtrat für Jugend und Gesundheit. Ein lokaler Aktionsplan soll aber nicht nur von der federführenden Abteilung, sondern von der gesamten Kommune getragen werden.

In Neukölln gibt es zwei Lokale Aktionspläne (LAP): Seit 2007 gibt es einen LAP in Süd-Neukölln um rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken und seit 2011 einen LAP in Nord-Neukölln zur Verbesserung des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Förderung wechselseitigen Respekts.

Die Lokalen Aktionspläne werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. In 2013 können für den LAP Neukölln Nord 80.000€ beantragt werden und für den LAP Neukölln Süd noch 20.000€. Die Förderung für den LAP Süd endet Ende 2013. Die Mittel für den LAP Süd dienen der Sicherung des Erreichten.

Zielstellungen des LAP Süd-Neukölln für 2013

		Veranschlagte Summe
Zielstellungen	Vorbereitung und Durchführung einer Ausstellung zu Zwangsarbeiterlagern in Rudow im Mai bis Juni 2013. Recherche und Aufbereitung mit Film und Fotos. Werbung.	**6.000 - 8.000€**
	Aktionsfonds zur Aufrechterhaltung demokratischer Präsenz im öffentlichen Raum	**3.000€**
	Künstlerisches Projekt zur demokratischen Belebung des öffentlichen Raums unter Einbeziehung von Jugendlichen, Anwohner/innen und Initiativen vor Ort	**5.000 - 7.000€**
	Externe Koordinierungsstelle (bis zu 20% der Gesamtfördersumme)	**4.000€**

Der LAP Neukölln Nord befindet sich aktuell im zweiten Förderjahr. Innerhalb der dreijährigen Laufzeit des LAP sollen alle zu Beginn der Laufzeit festgelegten Zielstellungen des LAP bedient werden. Erfolgreiche Arbeitsansätze aus 2012 sollen in 2013 weiter entwickelt und perspektivisch verstetigt werden.

Der Lokale Aktionsplan Neukölln-Nord verfolgt 3 Leitziele:

- Auf den Straßen Neuköllns begegnen sich die Menschen mit Offenheit und Respekt. Die Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum sicher. Der Grundkonsens für eine friedliche Koexistenz ist gestärkt.
- Menschen unterschiedlichen Geschlechts, unterschiedlicher Herkunft, Religion, Lebensstils, sexueller Orientierung etc. werden gleichermaßen anerkannt.
- Neuköllner Kinder und Jugendliche erfahren Anerkennung und Wertschätzung.

Um sich geeignete Projekte und Maßnahmen zu überlegen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, gibt es einen Begleitausschuss, bestehend aus 5 Vertreter/innen verschiedener Ämter des Bezirksamts und 12 zivilgesellschaftlichen Akteuren.

In der Auswertung der Projekte des vergangenen Jahres wurde festgestellt, dass die Projekte zwar nach innen gut arbeiten, die Außenwirkung aber gering ist. Ein Lokaler Aktionsplan soll jedoch nicht nur fehlende Mittel der Kinder- und Jugendförderung oder der politischen Bildung kompensieren. Er soll in das öffentliche Bewusstsein dringen, sensibilisieren, Aufmerksamkeit schaffen. Um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen, müssen die Projekte ein anderes Format haben. Deshalb wird derzeit geprüft, ob die Voraussetzungen vorhanden sind, um ein größeres Musikprojekt mit Nord-Neuköllner Jugendlichen zu initiieren.

Die grobe Projektidee beinhaltet die Teilnahme verschiedener Gruppen. Unterschiedliche Musikstile sollen zusammengeführt werden, so eventuell auch ein Mix von Hip Hop mit klassischen Elementen. Die Jugendlichen sollen ihren eigenen Stil darstellen, diesen aber auch in ein gemeinsames Arrangement einbringen. Das Gemeinsame könnte ein gemeinsames Stück sein, aber auch eine szenische Darstellung um die einzelnen Stücke herum. Die Musikschule soll als möglicher Kooperationspartner angesprochen werden. Es sollen Wege gefunden werden, Jugendliche einzubeziehen, die selbst (noch) nicht Musik machen können.

Da es sich um ein Projekt des Lokalen Aktionsplans „Toleranz Fördern-Kompetenz Stärken“ handelt, muss die inhaltliche Auseinandersetzung der Jugendlichen mit dem Thema Respekt, Zusammenleben, Demokratie innerhalb des Projekts einen hohen Stellenwert haben. Damit eine solche Auseinandersetzung stattfindet, muss der Prozess pädagogisch begleitet werden.

Mit den verbleibenden Mitteln von 40.000 bis 50.000 Euro sollen die Projekte weiter entwickelt werden, die sich in 2012 bewährt haben. Dabei wurde folgende Priorisierung vorgenommen:

1. Externe Koordinierungsstelle
(Projektbegleitung, Controlling. 20% der Gesamtfördersumme) 16.000€

2. Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus:
„Antisemitismusprävention – Projekttage und Qualifizierungen an Nord-Neuköllner Schulen“ 10.000 - 15.000

3. Cultures Interactive:
NNk Be Respect-ed. Projekte und Peer Leader Teams 10.000–15.000

Neue Zielstellungen sollen vorerst nicht bearbeitet werden.

Nachdem die Fragen der Anwesenden von Frau Sierks und Frau Hörning beantwortet wurden, nimmt der JHA die Zielstellungen der Neuköllner Aktionspläne „Toleranz Fördern-Kompetenz Stärken“ bei einer Enthaltung zustimmend zur Kenntnis.

Herr Thormann dankt Frau Sierks und Frau Hörning für die Präsentation und beendet den Tagesordnungspunkt.

Seitens der Kiez AG liegen keine Mitteilungen vor.

zu 4 Steuerungsmaßnahmen im Jugendamt Neukölln - Ideenvorstellung und Diskussion

Herr Thormann bittet anlässlich dieses Tagesordnungspunktes Herrn BzStR Liecke um Mitteilung, ob Vorschläge seitens der Mitglieder des JHAs zu nachhaltigen und sinnvollen Steuerungsmaßnahmen für den Bereich der Hilfen zur Erziehung eingegangen sind. Dieser führt zunächst aus, dass in der vergangenen Sitzung des JHAs vereinbart wurde, die Ideen bis 14 Tage vor der heutigen Sitzung im Büro von Herrn BzStR Liecke zu sammeln und anschließend allen Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung zu stellen. In der heutigen Sitzung des JHAs sollten diese Vorschläge dann diskutiert werden.

Vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit intensiv die Beteiligung des JHAs an der Umsetzung des Bezirksamtsbeschluss 62/12 aus der Sitzung am 12. Juni 2012 gefordert wurde, drückt Herr BzStR Liecke seine Verwunderung und Irritation darüber aus, dass aktuell lediglich eine Idee, zu der zunächst noch ein Gespräch ansteht, bei ihm eingegangen ist. Er nimmt dies zur Kenntnis. Gleichwohl wird seitens der Verwaltung intensiv an sinnvollen Steuerungsmaßnahmen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes gebeten, Vorschläge zu unterbreiten die geeignet sind, Strukturverbesserungen, Arbeitserleichterungen, Effizienzvorzüge und schlussendlich auch Ausgabenreduzierungen zu erreichen. Alle eingegangen Vorschläge werden derzeit ausgewertet. In diesem Zusammenhang stellt Herr BzStR Liecke Frau Schröder und Herrn Caglar vor, die seit kurzem im Controlling der Abteilung tätig sind.

Herr BzStR Liecke macht noch einmal deutlich, dass es sein Ziel ist, sich die notwendigen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten für das Jugendamt wieder zurückzuholen und zu erkämpfen. Sperren und Haushaltsrestriktionen dürfen dauerhaft nicht Grundlage des Handelns sein. In der jetzigen Situation ist dies zwar notwendig, darf jedoch kein Dauerzustand sein. Die Prognose zur Entwicklung der Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung ist mit rund 49 Mio Euro dramatisch hoch. Im Ansatz befinden sich lediglich rd. 45 Mio. Euro. Diese Überschreitung von 4 Mio. Euro wird nur teilweise in der Abteilung zu kompensieren sein. Die übrigen Sperren sind in den anderen Abteilungen vorgesehen, so z.B. bei der baulichen Unterhaltung (betrifft vor allem die Schulen), der Grünflächenpflege oder bei den Personalausgaben.

Für das Jugendamt hat dies unter anderem zur Konsequenz, dass die ursprünglich im Haushaltsplan 2012 vorgesehen Mittel (500T€) für zusätzliche Mitarbeiter im RSD nicht eingesetzt werden können.

Der Bezirksamtsbeschluss 62/12 der Sitzung am 12. Juni 2012 fordert Herrn BzStR Liecke explizit auf, alle notwendigen organisatorischen und personellen Konsequenzen aus der aktuellen Entwicklung zu ziehen. Auch der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin hat einen Auflagenbeschluss gefasst, der alle Bezirke betrifft und umzusetzen ist. Danach ist eine HzE-senkende Revision neben dem Fach- und Finanzcontrolling einzurichten ist. Dieser Forderung wird durch Herrn Caglar und Frau Schröder nachgekommen.

Nachdem sich der Betriebswirt Herr Cagler und die Sozialarbeiterin Frau Schröder kurz persönlich vorgestellt haben, erläutert Herr BzStR Liecke eine Auswahl von Punkten, die in einer Zu-

sammenstellung von Prüfaufträgen zur Kosten- bzw. Ausgabenredzierung im Bereich HzE seitens der Verwaltung erfasst wurden. Unter anderem erfolgt eine intensive Prüfung welche Erkenntnisse aus WIMES für Neukölln genutzt werden können und welche organisatorischen Maßnahmen bzw. Veränderungen in diesem Zusammenhang zu treffen sind. WIMES ist eine erprobte Methode, Hilfen zur Erziehung wirkungsorientiert zu steuern, zu dokumentieren und zu evaluieren.

Mit den freien Trägern der Jugendhilfe werden in den kommenden Wochen und Monaten Gespräche hinsichtlich möglicher Veränderungen geführt, um die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten.

Des Weiteren werden die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Einrichtung eines zentralen Kinderschutzteams geprüft, um die Kolleginnen und Kollegen in den RSDs zu entlasten. Dies hätte zur Folge, dass mehr Zeit für die beraterische Tätigkeit mit den Familien - im Vorfeld von HzE - gegeben wäre.

Viele Produkte im Jugendbereich überschreiten deutlich den Median. Dies führt zu „Budgetverlusten“. Daher werden alle in Rede stehenden erfasst und geprüft wie es zu der Überschreitung kommt. Im Nachgang werden Vorschläge und Maßnahmen erarbeitet, wie dieser Effekt eingeschränkt bzw. verhindert werden kann.

Im November 2012 erfolgt eine Tiefenprüfung des Fallbestandes.

Darüber hinaus werden sowohl einen Bezirksvergleich als auch exemplarisch Vergleiche zu anderen Städten durchgeführt werden. Hier sollen beispielsweise die Städte Kassel und Hamburg und auch das Ruhrgebiet herangezogen werden.

Herr BzStR Liecke macht anschließend noch einmal deutlich, dass es sich hierbei lediglich um einen Auszug aus dem erstellten Prüfkatalog handelt. Insgesamt umfasst der Katalog über 30 Prüfaufträge.

Auf Nachfrage teilt Herr BzStR Liecke mit, dass hinsichtlich eines zentralen Kinderschutzteams ein Erfahrungsaustausch mit den Bezirken Spandau und Reinickendorf geplant ist.

Vor dem Hintergrund, dass Frau Schumacher die aktuelle Personaldichte in den RSDs für sehr gering erachtet, merkt sie an, dass sie es für unrealistisch hält, die intensive Kosten – Leistungsrechnung – Arbeit ohne weiteres Personal tatsächlich umsetzen zu können. Herr BzStR Liecke macht noch einmal deutlich, dass die Aufhebung der erforderlichen Sperren in 2012 nicht wahrscheinlich ist, so dass zunächst eine Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch das vorhandene Personal erfolgen muss. Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die Entwicklung der Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung dahingehend zu beeinflussen, dass zukünftig auch eine Personalverstärkung möglich wird. Er macht in diesem Zusammenhang jedoch auch noch einmal deutlich, dass die Vergangenheit gezeigt hat, dass eine Verstärkung des Personals allein nicht zwangsläufig zu einer nachhaltigen Senkung der Ausgaben für die HzE führt.

Frau Zander regt an, die Kolleginnen und Kollegen aus den Kindertagesstätten intensiver in die Arbeit mit den betreuten Familien einzubeziehen. Herr BzStR Liecke begrüßt diesen Vorschlag, gibt jedoch zu bedenken, dass dem Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren datenschutzrechtliche Grenzen gesetzt werden. Eine Beteiligung Dritter erfordert immer einer Zustimmung der Familie, die es einzuholen gilt.

Frau Schumacher schlägt vor die Maßnahmen des Jugendamtes zur Qualitätsprüfung hinsichtlich der freien Träger der Jugendhilfe in einer der nächsten Ausschusssitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen. Des Weiteren bittet Frau Helm zu gegebener Zeit über die Vorschläge seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes informiert zu werden. Herr BzStR Liecke sagt eine regelmäßige Information zu.

Anschließend wird Herr BzStR Liecke erneut gebeten, die gesetzten Sperren für das Jahr 2012 zu nennen. Dieser erläutert, wie bereits in der vergangenen Sitzung des JHA, dass neben den bekannten Sperren im Jugendamt 500.000 Euro aus Personalmitteln anderer Abteilungen, 300.000 Euro aus der Erlösbeteiligung Liegenschaftsfond, 400.000 Euro aus der Reduzierung der baulichen Unterhaltung (hier insbesondere der Schulen), 50.000 Euro aus der Reduzierung Grünunterhaltung, 100.000 Euro aus der Reduzierung der Bewirtschaftung, 200.000 Euro aus den Mitteln für den Wachschutz und 150.000 Euro aus den Mitteln für die Sprachförderung zur

Absicherung des bestehenden Haushaltsrisikos aufgrund der Mehrausgaben im Bereich der HzE herangezogen werden.

Nachdem Herr Förster im Vorfeld um die Schließung der Rednerliste gebeten hat, damit eine wiederholte Diskussion zu der bereits in den verschiedenen Fachausschüssen erörterten Thematik vermieden wird, beendet Herr Thormann diesen Tagesordnungspunkt.

zu 5 Mitteilungen

Herr Thormann bittet Herrn BzStR Liecke um Mitteilungen der Verwaltung.

Schulstationen

Herr BzStR Liecke teilt mit, dass die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit Schreiben vom 19. Juli 2012 mitteilte, dass die Zuordnung der Schulstationen des Bezirks Neukölln von Berlin zum Schulamt durch Bezirksamtsbeschluss vom 27. Oktober 2011 nicht gegen §§ 13 Abs. 1 SGB VIII, 14 AG KJHG i.V.m. §§ 69, 85 Abs. 1 SGB VIII und Nr. 15 ZustKatAZG bzw. gegen § 37 Abs. 1 BezVG i.V.m. der Anlage zu § 37 Abs. 1 Satz 1 BezVG verstößt.

Lessinghöhe

Herr BzStR Liecke stellt den Antrag auf Projektförderung aus dem Programm „Zukunftsinitiative Stadtteil“ Teilprogramm Soziale Stadt „Die Lessinghöhe gemeinsam neu gestalten“ vor.

„Partizipation – Vom Auftrag zur Realität!“

Am 19. September 2012 setzt die Fachsteuerung Jugendförderung die Fortbildungsreihe Quo Vadis Jugendarbeit mit einem ganztägigen Fachtag zum Thema Partizipation - Vom Auftrag zur Realität - fort.
Alle interessierten Pädagog/innen, die in der Kinder-Jugend-und Familieneinrichtungen, in Schulprojekten, - stationen, Schülerclubs arbeiten sowie am Thema Partizipation Interessierte sind herzlich willkommen.
Die Einladung sowie nähere detaillierte Informationen zu den Zielen des Fachtages, zum Tagesablauf, den Kooperationspartnern, zu den Fragestellungen und den gesetzlichen Grundlagen können unter www.neukoelln-jugend.de/partizipation nachgelesen werden. Zur online Anmeldung gelangt man ebenfalls über diesen Link. Für Nachfragen stehen Frau Bethge und Frau Lischke gern zur Verfügung.

Organigramm

Herr BzStR Liecke verteilt allen Anwesenden das aktuelle Organigramm der Abteilung Jugend und Gesundheit.

Personalzuschlag nach dem Kindertagesförderungsgesetz

Herr BzStR Liecke informiert darüber, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft mit Schreiben vom 26. Juli 2012 hinsichtlich der Problematik des Personalzuschlags nach dem Kindertagesförderungsgesetz in Zusammenhang mit der Einstufung der Quartiersmanagementgebiete auf Nachfrage mitteilte, dass eine Ausweitung der Finanzierung auf die Kinder aus der Kategorie III allein im Kita-Bereich zu einer zusätzlichen Belastung des Haushaltes in Höhe von rund 1,6 Mio. Euro pro Jahr führen würde. Eine Ausweitung auf die zuschlagsberechtigten Kinder der Kategorie III, ist trotz intensiver Bemühungen seitens der Abteilung Jugend und Gesundheit, derzeit nicht möglich.

Interessenbekundungsverfahren

Das Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Neukölln von Berlin, sucht für die Durchführung einer Tagesgruppe in Nord-Neukölln gem. § 32 SGB VIII für schuldistanzierte Jugendliche einen Träger der freien Jugendhilfe.

Auf der Seite des Bezirksamtes sind unter „Aktuelles aus dem Bezirk“ ab sofort alle Ausschreibungen/Interessenbekundungsverfahren des Bezirksamtes Neukölln eingestellt. Dort kann auch der Text dieses Interessenbekundungsverfahrens eingesehen werden.

„Aktiv für Demokratie und Toleranz“

Zum 12. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in diesem Jahr den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus. Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 2.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete Bündnis zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie und Toleranzförderung. Herr BzStR Liecke verteilt die entsprechenden Flyer.

Familienzentren

Der Start des Antragsverfahrens zum Aufbau Berliner Familienzentren ist erfolgt. Ab sofort können Anträge gestellt werden. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft stellt für diese Maßnahme bis Ende 2013 insgesamt 2 Millionen Euro bereit. Ab sofort haben Träger die Möglichkeit, sich für eine Förderung im Rahmen des Landesprogramms „Aufbau der Berliner Familienzentren“ zu bewerben. Die Familienzentren sollen unter Nutzung der vorhandenen Angebots- und Versorgungsstrukturen entstehen. Vorgesehen ist, dass die neuen Einrichtungen vorwiegend aus Kindertagesstätten hervorgehen. Das Landesprogramm richtet sich auch an Träger bestehender Familienzentren, die ihre Angebote erweitern wollen. Die Antragsformulare stehen interessierten Trägern unter www.berliner-familienzentren.de zum Download bereit. Hier finden sich auch weitere Informationen. Einsendeschluss für Anträge ist der 31. August 2012.

Manege

Herr BzStR Liecke informiert darüber, dass sowohl der Leistungsvertrag als auch der Nutzungsvertrag mit dem neuen Träger Technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft (tjfbg) gGmbH ab dem 1. Juli 2012 laufen. Die endgültige Übergabe der Einrichtung fand am 6.7.2012 statt und die Einrichtung wird von den Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen. Es wurden umgehend vom neuen Träger Gespräche mit allen bisher tätigen Honorarkräften und Freiwilligen geführt. Im Ergebnis wurden die vier Hauptakteure, die bisher als Honorarkraft beschäftigt wurden entweder als Erzieher oder im Rahmen einer studentischen Hilfstätigkeit oder im Rahmen einer berufsbegleitenden Erzieherausbildung übernommen. Im Oktober findet die nächste Steuerungsrunde des Campus Rütli statt, auf der Frau Kronberg detaillierter zur aktuellen Entwicklung in der Manege berichten wird, so dass im JHA dann anschließend ebenfalls weitere Informationen erteilt werden können.

Präventionskonferenz

Am 8. August 2012 fand die 1. Neuköllner Präventionskonferenz mit 130 Teilnehmern statt. Es war eine intensive und konzentrierte Arbeit in den Workshops. Die Ergebnisse werden aktuell ausgewertet und fließen in den Handlungsleitfaden ein. Die nächste Konferenz findet im Dezember statt. Es wird rechtzeitig eingeladen.

Kitaausbauprogramms

Im Rahmen ihrer Jugendhilfeplanung sind die Berliner Jugendämter nach geltendem Kindertagesförderungsgesetz aus dem Jahr 2005 verpflichtet, unter Einbeziehung der Träger der freien Jugendhilfe ein bedarfsgerechtes Angebot der Tagesförderung unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus der Kindertagespflege zu entwickeln.

Das Ergebnis der aktuellen Jahresplanung kann auf der Internetseite des Bezirkes unter Jugendhilfeplanung eingesehen werden.

Eine Liste über Anträge im Rahmen des Kitaausbauprogramms liegt dem Bezirk derzeit noch nicht vor. Der JHA wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung weitergehend informiert werden können.

Ferienlager der Falken

Frau Blumenthal berichtet, dass die Falken mit 100 Kindern in diesem Sommer ins Ferienlager gefahren sind.

Bollwerk gegen Nazis

Frau Blumenthal teilt mit, dass nach monatelanger Schließung und dem Wiederaufbau sich die Kinder- und Jugendgruppen seit dem 1. Mai 2012 wieder im Anton-Schmaus-Haus treffen. Das Haus und Gelände müssen vor neuen Anschlägen geschützt werden. Dafür wird ein über 190 Meter langer Zaun benötigt. Die Kosten von rund 100.000 Euro können nicht vollständig allein von den Falken Neukölln getragen werden. Daher wird um Unterstützung gebeten. Ein Zentimeter Zaun kostet 5 Euro, der symbolisch gekauft werden kann.

„Roter Salon“

Frau Blumenthal teilt mit, dass am 19. September 2012 der Diskussionsabend „Roter Salon“ im Anton-Schmaus-Haus stattfindet. Eine Einladung wird noch versendet.

zu 6 Nächste Sitzung: 20. September 2012

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 20. September 2012 statt. Eine gesonderte Einladung erfolgt.

Berlin-Neukölln, 10. Oktober 2012

Manuel T h o r m a n n
Vorsitzender des Ausschusses

Heike Hentschel
Protokollführung